

Kirchen der Heranbildung einheimischer Weltpriester besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Im Lichte geschichtlichen Abstandes betrachtet, haben sich gewiß manche Entscheidungen der Propaganda (so im Ritenstreit) als Fehlentscheidungen erwiesen. Auch in Fragen der Taktik bei der Entwirrung verwickelter kirchenpolitischer Verhältnisse hat sie nicht immer das Richtige getroffen. Unzureichende Informationen in einer Zeit äußerster Erschwerung der Verbindungen zwischen Mission und Kurie trugen die Hauptverantwortung für diese Dinge. Der Rest kommt auf das Konto menschlicher Unzulänglichkeit. Das reine Wollen aber kann jenen Männern nicht abgestritten werden, die stets das „negotium propagationis Fidei“, die ausschließliche Tätigkeit für die Verbreitung des Glaubens (Worte Gregors XV. bei Erteilung des Gründungsauftrags der Kongregation) als oberste Richtschnur ihres Handelns betrachteten.

Das Problem einer Mission der Orientkirchen

In der Kongregation der Glaubensverbreitung besitzt die Kirche eine zentrale Leistungsinstanz für das Missionswesen des lateinischen Kirchenzweiges, nicht aber der orientalischen Kirchenzweige, in denen praktisch die Missionsarbeit ruht; aus inneren Gründen: Kampf um Selbstbehauptung und fortgesetztes Bemühen um Konsolidierung, aus äußeren Gründen: Schwierigkeiten der Einordnung einer Mission anderer Riten in das weltweite Gefüge der Mission der lateinischen Kirche. Die Schwierigkeiten letzterer Art sind besonders in Indien akut, dessen syro-malabarische Kirche einen echten Ausbreitungselan zeigt, deren Mitglieder aber zum lateinischen Ritus übertreten müssen, wenn sie sich am weltweiten Missionswerk beteiligen wollen. Das Problem der Beteiligung aller Riten am Missionswerk wird auch das Zweite Vatikanische Konzil beschäftigen müssen, wenn über die Struktur der Kirche gehandelt wird. Die Propagandakongregation anerkennt indirekt ihre Mitverantwortung für die Orientkirchen (die ja seit 1917 der Orientkongregation unterstehen), indem sie u. a. jährlich 4,808 Prozent aller Einnahmen des Päpstlichen Werkes der Glaubensverbreitung (im letzten Jahre fast 900 000 Dollar) der Kongregation für die Orientkirche zukommen läßt. Aber diese Mittel können an sich nicht die weltmissionarische Aktivierung der Orientkirchen bewirken, höchstens vorbereiten.

Das Problem kompliziert sich dadurch, daß relativ große orientalische Flüchtlingskirchen (so besonders ukrainische) in Europa und den beiden Amerika entstanden sind, die in eigenen Personaldiözesen zusammengefaßt werden. Soll allen diesen Kirchen die Teilnahme an der Weltmission nur bei Verzicht auf ihren Ritus möglich sein? Kann man ihnen, die im mystischen Leib Christi die gleichen Rechte und Pflichten wie die Angehörigen der lateinischen Kirche haben, die Teilnahme an einer vitalen Funktion der Gesamtkirche verweigern, die auch ungemein belebend auf das innere Leben dieser Kirchen wirkt und deren Nichterfüllung Stagnation und Einkapselung in die eigene völkisch-religiöse Gemeinschaft bewirken kann? Und was werden die Orthodoxen, um deren Zurückführung zur kirchlichen Einheit wir uns bemühen, sagen, wenn sie sehen, daß den Unierten keine Möglichkeiten zur Beteiligung an einer Funktion gegeben wird, die der Osten und der Westen einst in gleicher Weise betätigten, bevor die große Trennung kam, und die der Osten (vgl. die orthodoxen Missionen in Rußland, Japan, neuerdings in Ostafrika) auch nach der Kirchenspaltung ausübten?

Während sie das Schicksal der unter die Herrschaft des Kommunismus gelangten Missionskirchen aufs tiefste bewegt, ist es der Propagandakongregation dank ihres Zurückgreifens auf die apostolischen Methoden der Kirchenglaubensausbreitung bisher in überraschender Weise gelungen, in den einstigen Kolonialländern die dortigen Kirchen davor zu bewahren, mit der europäischen Herrschaft verschwinden zu müssen. Dieses Urteil gilt im großen. Betrübliche Einzelerfahrungen bald hier bald dort zwingen nicht zu seiner Revision. Auch die weitere Mitarbeit weißer Glaubensboten unter Leitung landeseigener Kräfte scheint sich gut einzuspielen. Nun drohen dem Missionswerk aus einer globalen Welt- und Menschheitskrise neue große Gefahren. Aber auf den Beistand ihres göttlichen Herrn vertrauend und seinen für jede Zeit gegebenen Auftrag erfüllend, geht die katholische Weltmission unter Führung der Propaganda in das Dunkel einer Zeit hinein, die vielleicht zu den schwersten der Menschheits- und Kirchengeschichte gehören wird.

Ökumenische Nachrichten

Neue evangelische Stimmen zum Konzil „In ökumenischer Verantwortung“ lautet ein Bericht der Zeitschrift der „Evangelischen Michaelsbruderschaft“ über eine Erklärung dieser Bruderschaft zum bevorstehenden Zweiten Vatikanischen Konzil („Quatember“, Michaelis 1961, S. 171 f.). Die im Jahre 1931 gegründete Evangelische Michaelsbruderschaft ist bekannt durch ihre ernsten und zum Teil schon erfolgreichen Bemühungen um eine Reformation der evangelischen Landeskirchen in Richtung auf eine „Evangelische Katholizität“, heraus aus der konfessionellen Gespaltenheit. Obwohl weithin aus lutherischem Erbe schöpfend, vermeidet sie bewußt die Bezeichnung lutherisch, da ihr dies als eine unzulässige Verengung des reformatorischen Erbes erscheint. Ihre Programmschrift „Katholizität der Kirche“ (Beiträge zum Gespräch zwischen der evangelischen und der römisch-katholischen Kirche, hrsg. von Hans Asmussen und Wilhelm Stählin) wurde seinerzeit hier ausführlich besprochen (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 338 f.).

Die Erklärung der Evangelischen Michaelsbruderschaft

Der obengenannte Bericht in „Quatember“ verwahrt sich zunächst dagegen, die Aufforderung der Evangelischen Michaelsbruderschaft an die evangelischen Kirchenleitungen, sich lehramtlich zum Konzil zu äußern und die Voraussetzungen für eine künftige Einigung der Kirchen festzustellen, käme zur Unzeit, da heute die ganze Welt angeblich die Augen auf Moskau und nicht auf Rom richte. Dazu wird gesagt: es bestehe allerdings eine Beziehung zwischen der politischen Weltlage und dem Zustand der Christenheit, und es wäre kurzfristig, eine notwendig gewordene Reformation der Kirche zurückzustellen, weil man sich zunächst einmal politisch sichern müsse. Die Bruderschaft habe auch „das Verlangen und Fragen christlicher Laien zum Ausdruck gebracht, die in diesen Zeiten zu Weltbürgern heranwachsen, die sich nicht nur für sich selber, sondern für die Welt verantwortlich wissen und die deshalb auch nicht länger landeskirchlich, sondern nur noch ökumenisch denken können“.

„Die Einberufung des II. Vatikanischen Konzils hat der

ganzen Christenheit in einer überaus dringlichen Weise aufs neue ihre Uneinigkeit vor Augen gestellt. Ähnlich der politisch gespaltenen Welt stehen sich die römische Kirche und die im Ökumenischen Rat föderal verbundenen Kirchen gegenüber. Die Einheit der Kirche ist ein Artikel des Glaubens. Sie ist auch heute eine gegenwärtige Wirklichkeit wie eine unabwendbare Verpflichtung. Die Uneinigkeit ist deshalb in steigendem Maße ein schweres Ärgernis für die Christen wie für die vielen Nichtchristen, die auf das Verhältnis der Kirchen und ihrer Glieder zueinander schauen. Die orthodoxe Kirche hat auf Grund dieses Anstoßes erstmals eine panorthodoxe Kirchenversammlung ins Auge gefaßt.

Die römische Kirche und die reformatorischen Kirchen haben sich seit ihrer Trennung vor vierhundert Jahren weiterentwickelt. Sie sind sich in den letzten Jahrzehnten in wesentlichen Fragen nähergekommen. Es ist heute die Überzeugung vieler namhafter Theologen auf beiden Seiten, daß ein erheblicher Teil der kirchentrennenden Unterscheidungen des 16. Jahrhunderts nicht mehr oder doch nur in wesentlich gewandelter Form zu Recht bestehen. Dagegen haben bestimmte dogmatische Entscheidungen der römisch-katholischen Kirche in den letzten hundert Jahren neue schwere Hindernisse gegen eine Verständigung aufgerichtet. Andererseits sind die reformatorischen Kirchen gefragt, ob sie nicht ihre eigenen Traditionen über die Schrift setzen.

In der gesamten Christenheit ist das Verlangen nach Einigkeit weit und stark verbreitet, gerade da, wo die einzelnen Christen sich fest in ihrer Kirche verwurzelt wissen. Die aus der Zeit des Grundsatzes ‚cuius regio eius religio‘ stammende Trennung konfessionell einheitlicher Gebiete ist zu Ende. In der modernen Welt allgemeinen Austausches sind auch die Christen zu einer weltweiten Begegnung geführt worden, welche niemandem mehr eine selbstgenügsame Existenz erlaubt. Um so unerträglicher erscheint eine Verhärtung, die in der Betonung der Gegensätze Selbstbestätigung und Selbstrechtfertigung sucht.“

Eine evangelische Bekenntnissynode?

Die Erklärung betont, daß diese geschichtliche Lage die reformatorischen Kirchen zum verantwortlichen Handeln verpflichtet: „Nur wirklich unüberwindliche Verschiedenheiten im Verständnis des Evangeliums, nicht die Selbstbehauptung in überkommenen Denk- und Lebensformen kann die Trennung rechtfertigen.“ Zwar werde das Konzil nicht die Frage der Einigung zum Gegenstand haben; auch wenn es an dem Verlangen nach Einheit nicht gänzlich vorübergehen sollte, könne es doch schwerlich eine unmittelbare Wirkung für das Verhältnis der Konfessionen haben. „Aber auch diese nüchtern zu sehende Lage mindert nicht die Notwendigkeit der Stellungnahme. Es scheint uns untragbar, daß das Verhältnis zur römischen Kirche, wie sie heute ist, im Zwielicht der Unklarheit steht. Die evangelische Kirche hat im Kampf um ihr Bekenntnis den Grundsatz anerkannt, daß sie bekennende Kirche nur ist, wenn sie den Willen hat und imstande ist, ihr Bekenntnis verbindlich auszulegen.“

Daher verdichtet sich die Erklärung der Evangelischen Michaelsbruderschaft zu einer konkreten Anregung: „Das Vatikanische Konzil fordert Selbstbesinnung und Bekenntnis auch der evangelischen Christenheit. Die evangelischen Kirchen müssen in einer für die ganze Christenheit verständlichen und überzeugenden Form sagen können, was uns eint, was uns dennoch zur Aufrechterhaltung der

Kirchentrennung zwingt und was beiderseits geschehen kann, um die Voraussetzungen für eine künftige Einheit zu fördern.

Dabei wäre Überlebtes, Vergangenes und Mißverständliches auszuschneiden. Das alles sollte im Geist der Liebe geschehen . . . Die evangelischen Kirchen sollten diese Aufgabe so in Angriff nehmen, daß diese Entscheidung jeweils für ihre im Bekenntnis übereinstimmenden Kirchengemeinschaften Geltung beanspruchen kann. Die geschichtliche Stunde verlangt, daß die evangelischen Kirchen in dieser ökumenischen Verantwortung handeln.“

Das selbstverständliche Nein

Es ist schwer zu sagen, was die Evangelische Michaelsbruderschaft mit dem Vorschlag einer evangelischen Bekenntnissynode zur Klärung des Verhältnisses zu Rom bezweckt. Es kann ihren führenden Theologen, darunter Bischof Wilhelm Stählin, nicht verborgen geblieben sein, daß der Ruf von Edmund Schlink vor rund 20 Jahren in seiner „Theologie der lutherischen Bekenntnisschriften“ nach einer lehramtlichen Revision dieser Bekenntnisse auf Grund der neuen Erkenntnisse der neutestamentlichen Exegese ohne nachhaltigen Widerhall geblieben ist, da sich das deutsche Luthertum seit 1947 im Lutherischen Weltbund engagiert hat. Wie wenig es Peter Brunner, einem einsamen Rufer in der Wüste, seitdem gelungen ist, wenigstens die lutherischen Kirchen zur Ausbildung eines Lehramtes zu gewinnen, zeigt das Echo auf sein Gutachten: „Der Lutherische Weltbund als ekklesiologisches Problem“ (in „Lutherische Rundschau“, November 1960 und Mai 1961; vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 240 und 528). Die lutherischen Kirchen sind also völlig unvorbereitet, eine solche lehramtliche Synode zu wagen. Das zeigt auch ein Blick auf die tiefen Gegensätze an den wichtigsten theologischen Fakultäten, etwa Göttingen, Erlangen und selbst Heidelberg. Der Vorschlag ist also zweifellos undurchführbar, leider. Wie die Dinge liegen, können sich die evangelischen Kirchen mit einem selbstverständlichen Nein zur Einigung mit der römisch-katholischen Kirche begnügen, das in immer neuen Variationen wiederholt wird.

Ein merkwürdiges Beispiel dafür ist das Hamburger „Informationsblatt“ (Nr. 17/18 vom September 1961), merkwürdig durch seine eigentümliche Mischung katholischer und lutherischer Beiträge, die um das Konzil kreisen. Eingeleitet wird das Heft durch einen umfassenden Beitrag von Albert Ebnetter SJ, Zürich, „Zur ökumenischen Orientierung Roms“, der die Aufgeschlossenheit Roms gegenüber den getrennten Kirchen so gründlich wie möglich belegt und dabei die These vertritt, daß Rom angesichts des ekklesiologischen Dokumentes von Toronto einen Beitritt zum Weltrat der Kirchen vollziehen könne, ohne daß er freilich die kirchenpolitische Dynamik des Weltrates und die Erklärungen des Zentralausschusses von St. Andrews in seine Erwägungen aufnimmt (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 138 f., 180 f. und 427 f.). Diesem wirklich sehr konzilianten Aufsatz werden eine Reihe lutherischer Beiträge konfrontiert, die ein eindeutiges Nein zu Rom sprechen.

Als erstes ist zu nennen die reichlich verspätete Stellungnahme des Theologischen Ausschusses der VELKD zu den „12 Thesen der Sammlung“ vom Jahre 1957 (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 569 f.). Die abweisende Stellungnahme respektiert das „ernsthafte Unbehagen in der evangelischen Kirche“, das aus den Thesen spricht, kann

sie aber nicht als einen „evangelischen Anruf zu einer katholischen Reformation“ erkennen, weil darin eine Zurrücknahme von reformatorischen Grundentscheidungen gefordert werde, u. a. das betonte Interesse für die Mitwirkung des Menschen am Heil in der „nicht sachgemäßen Betonung der Fleischwerdung Christi“. Statt der empfohlenen „Anreicherung“ aus der Fülle „katholischer Wahrheiten“ sei eine entschlossene Konzentration auf die Heilsfrage vorzuziehen. Das römisch-katholische Verständnis der Tradition sei zugunsten des sola scriptura abzulehnen. Am Schluß dieser recht summarischen Stellungnahme heißt es: „Der Einheit der Christenheit wird dort am besten gedient, wo man dem von der ‚Katholischen Reformation‘ übernommenen römisch-katholischen Traditionsverständnis widersteht und damit Ernst macht, daß allein die Heilige Schrift Hüterin und Garantin des Katholischen ist“ (S. 286), ein Postulat, das weit hinter den Erkenntnissen des führenden lutherischen Ökumenikers Edmund Schlink über die Lehre vom Hirtenamt zurückbleibt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 41 f.).

„Einheit — ein todesgefährliches Wort“

Unmittelbar daran schließt sich ein Bericht „Gespräch mit Rom“ mit einer völlig negativen Haltung Peter Brunners, Heidelberg, zur Möglichkeit einer Wiedervereinigung. Als nächstes folgt ein Aufsatz von Professor Kristen E. Skydsgaard, dem Leiter des Konfessionskundlichen Instituts des Lutherischen Weltbundes, von dem bald ein Dokumentarband „Evangelium und Konzil“ erscheinen wird. Der Beitrag hat den Titel „Von Rom bis Nidaros“ (d. i. der Name für das lutherische Bistum von Trondheim, Norwegen). Darin heißt es, daß im Mittelalter der Abstand zwischen Rom und Nidaros sehr weit war, geistig aber eine ungebrochene Verbindung bestand. „Diese Einheit existiert nicht mehr“, es ist ein Abstand vorhanden, der in der Substanz liegt, im Denken und Glauben. Von „Einheit“ zu reden heiße „ein todesgefährliches Wort“ gebrauchen, denn auch der Widersacher will Einheit schaffen. Aber auch die Spaltung sei eine „unmögliche Möglichkeit“. Einheit werde nicht dadurch erreicht, daß man „einzig“ bleibt. Wo einer einzig sein will, werde die Einheit zur Karikatur. Weder der Bischöf von Rom noch der von Nidaros können einzig sein wollen, weder der eine noch der andere könnten sagen: Hier ist die Wahrheit, und dort ist Irrtum. Was würde Paulus heute tun, wenn er einen zweiten Brief an die Römer von heute schreiben würde und auf alle Erscheinungen des kirchlichen Rom zu sprechen käme? Würde man ihn überhaupt anhören? Der Abstand sei groß, aber er gleiche nicht einer unendlichen Sandwüste, sondern einer schalldichten Mauer in einem gemeinsam bewohnten Haus. Man müsse sich der gemeinsamen Geschichte bewußt bleiben.

Es sei schön, wenn der Papst heute von den „fratelli separati“ spreche, aber das zu hören sei recht schwierig, solange sich nicht alle ohne Ausnahme, also auch Johannes XXIII. samt allen Kardinälen, als fratelli separati fühlten: „Wir leben alle in einer Tradition oder in Traditionen, aber reißt unsere Tradition sich los von der TRADITION, so endet sie in Sondertradition, die wie ein abgebrochener Zweig ist, der früher oder später dahinwelkt.“ Rom werde sagen, das sei der Fall mit Nidaros, aber auch Rom sei zur Sondertradition geworden. „Wird der Begriff ‚separati‘ in dieser Bedeutung genommen [d. h. im Sinne der anglikanischen Branchentheorie, nach der alle Kirchen Zweige des verborgenen

Baumes sind], wobei niemand von uns das Recht hat, obenauf zu sein, dann wird alles anders zwischen den Konfessionen und Kirchen, auch zwischen Rom und Nidaros.“ Gewiß, dann hört Rom auf, Rom zu sein.

Auch die Lösung von Skydsgaard, der seit vielen Jahren im guten Gespräch mit katholischen Theologen steht, ist ein gar zu selbstverständliches Nein. An seinen Beitrag schließt sich ein Vortrag von Hans Küng an: „Konkrete Erwartungen zum Konzil“, der wohl über das Ausmaß des Möglichen weit hinaus zielt. Bis hierher könnte man noch sagen, die Mischung der Beiträge geht darauf hinaus, den lutherischen Nein-Theologen konziliante katholische Ja-Theologen zur Seite zu stellen. Auch so würde der einfache lutherische Pastor, der diese Doppelnummer des „Informationsblattes“ studiert, zu der irrigen Meinung kommen, daß die lutherische Linie des hartnäckigen Protestes sich gelohnt hat, weil „die katholische Theologie“, wie es scheint, sich in Richtung auf Genf und Wittenberg bewegt. Er würde in seiner lutherischen Sekuritas bestärkt werden. Eine publizistische Leistung wäre das nicht, sondern eine Förderung der Selbsttäuschung. Fatal aber wird es, daß das ganze Heft im Anschluß an Küng eine ausführliche Würdigung des Buches „Skandalon“ oder „Um das Wesen des Katholizismus“ von dem ehemaligen katholischen Kanonisten Joseph Klein bringt, der, wie der lutherische Leser erfährt, vor jedem Gespräch mit Rom warnt, weil Rom das Evangelium völlig deformiert, den Glauben und die Gnade in Rechtssatzungen verkehrt habe. Nun wird der lutherische Pastor völlig davon überzeugt sein, daß es eigentlich töricht war, Theologen wie Ebner und Küng überhaupt das Wort zu geben. Für ihn ist das Gespräch zu Ende!

Mehr Geduld!

Für uns ist das Gespräch nicht zu Ende. Man muß das selbstverständliche lutherische Nein verstehen lernen. Es ist auch pastoral bedingt, es ist eine unentbehrliche Abschirmung gegen eine zu frühe Auseinandersetzung mit Rom, solange es noch nicht gelungen ist, die Mitglieder des Lutherischen Weltbundes auf die in der Verfassung vorgeschriebene Linie der Confessio Augustana invariata zu bringen. Vorher kann eine „lehramtliche“ Stellungnahme zum Konzil gar nicht stattfinden. Es dürfte also nicht ganz richtig sein, wenn die Evangelische Michaelsbruderschaft den lutherischen Kirchen Selbsterhaltungspolitik unterstellt. Soweit wir seit Jahren beobachten, wollen die lutherischen Kirchen vorwärts, besser wohl gesagt, sie wollen die Schäden des 18. und 19. Jahrhunderts beseitigen und den Anschluß an die lebendige lutherische, und das heißt für viele: auch an die katholische Tradition zurückgewinnen. Das ist ein gutes und notwendiges Unternehmen, aber es braucht Zeit. Die Gefahr ist natürlich, daß die evangelischen Laien diese Geduld nicht mehr aufbringen und entweder nach Rom oder Neu-Delhi schauen, um den Zeichen der Zeit besser zu entsprechen. Wir aber müssen die Geduld haben und tun, was neuerdings wieder Kardinal Bea angeraten hat: „Es ist nötig, den Glauben der Protestanten zu stärken, um das Phänomen der Degeneration zur Sekte zu vermeiden“ und die Schäden des 19. Jahrhunderts zu überwinden. „Es ist gewiß, daß der Protestantismus eine geistliche Dimension zurückgewonnen hat, die er im vergangenen Jahrhundert verlor; wenn wir den Protestanten helfen, diese Dimension zu erfüllen und ihren Glauben zu vertiefen, so wie wir den unseren vertiefen werden, dann wird zweifellos die Einigung der

Christen möglich werden.“ Der Kardinal rät daher zu mehr Geduld und Liebe, zumal da die heutigen Protestanten nicht für die Spaltung verantwortlich sind („La Civiltà Cattolica“, 16. 9. 61, S. 643).

Eine „evangelische Herder-Korrespondenz“

Wie Oberkirchenrat Erwin Wilkens, Leiter der Pressestelle des Lutherischen Kirchenamtes in Hannover-Herrenhausen, mitteilt, werden am Jahresende zugunsten einer Konzentration drei bekannte lutherische Zeitschriften ihr Erscheinen einstellen: die „Lutherischen Nachrichten“, die „Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung“ und das „Informationsblatt für die Gemeinden in den niederdeutschen lutherischen Landeskirchen“, hier regelmäßig als „Informationsblatt“ zitiert. An ihre Stelle tritt eine neue Zeitschrift, die „Lutherischen Monatshefte“, die gemeinsam von Oberkirchenrat Paul Reinhardt und Dr. Gerhard Bittner, beide Hamburg, herausgegeben wird. Damit wird das deutsche Luthertum, das über die „kleindeutsche Lösung“ der VELKD hinausstrebt, eine gemeinsame repräsentative Zeitschrift erhalten. Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, für den lutherischen Raum „eine evangelische Herder-Korrespondenz“ zu werden, die „ein Informationsorgan vom gleichen Rang“ sein soll. „Die kirchliche und theologische Struktur des deutschen Protestantismus“, so schreibt Erwin Wilkens im „Informationsblatt“ (Nr. 17/18 vom 29. 9. 61, S. 262), „macht es nach unserem Dafürhalten erforderlich, daß die Unterscheidungen, Spannungen und Spaltungen auch publizistisch zum Ausdruck kommen und in verschiedenen Zeitschriften ausgetragen werden. Ein großes allgemeines Informationsorgan für alle [Evangelischen] käme über eine Materialsammlung nicht hinaus. Eine lebendige Publizistik bedarf eines klaren Standortes. Zugegeben, daß die Herder-Korrespondenz für den katholischen Bereich und für uns alle eine beachtliche Arbeit leistet. Was wir von anderen lernen können, wollen wir für die ‚Lutherischen Monatshefte‘ fruchtbar machen.“

Die Kirchlichkeit des amerikanischen Protestantismus im Rückgang?

Die Wochenzeitung des französischen Protestantismus „Réforme“ (Nr. 863 vom 30. 9. 61) bringt einen alarmierenden Bericht („Hat der Niedergang begonnen?“) über ein Nachlassen der Kirchlichkeit in den protestantischen Glaubensgemeinschaften der USA, worüber zahlreiche Zeitschriften und Zeitungen bereits Erhebungen anstellen. Obwohl die Zunahme der eingeschriebenen Christen in den letzten 50 Jahren sich gegenüber einer Verdoppelung der Bevölkerung verdreifacht hat, weisen die Statistiken seit 1955 einen Rückgang des kirchlichen Lebens aus. Die Zahl der evangelischen Theologiestudenten ist zwischen 1955 und 1960 um 5,3 v. H. gefallen. Nach einer Statistik der Vereinigten Lutherischen Kirche ist in diesem Zeitraum auch ein Rückgang des Kirchenbesuches zu verzeichnen, und zwar um 9,6 v. H. in New York, um 12,1 v. H. in Chicago und St. Louis, um 28,6 v. H. in St. Franzisko. Publizisten, Soziologen und Kirchenführer suchen die Ursachen dieses Rückganges zu ermitteln. Als erstes wird der moderne Lebensstil genannt und die Überflutung der Gläubigen mit Darbietungen der Massenmedien, mit denen die ausgedehnte kirchliche Verkündigung über Rundfunk und Fernsehen nicht mehr Schritt halten könne. Eine andere Ursache sei die Wande-

rungsbewegung in den Städten. Etwa ein Fünftel der Bevölkerung zieht jedes Jahr um, meist infolge verbesserten Einkommens in die Außenbezirke der Stadt. Manche Gemeinden hätten auf diese Weise in zehn Jahren bis zu 90 v. H. ihrer Mitglieder gewechselt. Andere seien mit ihrer Kirche schon fünfmal umgezogen, um den Angehörigen der Pfarrei zu folgen. Eine dritte Ursache des Rückganges sei, daß eine Pfarrei als eine soziale Institution unter anderen wirkt, die wie andere verwaltet ist und sich wie andere um materielle Hilfsquellen zu ihrem Bestehen umsehen muß. Dabei wenden sich ihre Propagandisten in der Regel an den zahlungsfähigen Mittelstand und hören nicht auf die einfachen Leute.

Diese Krise wird von vielen evangelischen Denominationen so stark erfahren, daß man sich ernstlich um Abhilfen bemüht. Eine davon, erzählt der Bericht der „Réforme“ aus lutherischen Quellen, sei die Wiedererweckung eines sakramentalen Bewußtseins, so daß die Gläubigen erfahren, sie kommen nicht zu einer vereinsmäßigen Veranstaltung in die Kirche, sondern als Bettler zum Altare Gottes, um seine Gnade zu empfangen. Sodann versuchen Gemeinden, die nicht umziehen wollen und dadurch an die räumliche Grenze der armen oder gar farbigen Bevölkerung geraten, sich innerlich auf eine andere Mischung der Gläubigen umzustellen und zu missionieren, statt zahlungskräftige Mitglieder zu werben. Man erkennt, daß die amerikanische Art, gut zu leben, und das christliche Leben zweierlei sind, man entbürgerlicht sich. Hier und da geht man zur Arbeitermission über und versucht, Industriezentren zu erobern, wie etwa in Detroit. An anderen Stellen versucht man es unter den Direktiven des Nationalrates der Kirchen Christi in den USA mit der Einrichtung von „Evangelischen Akademien“ nach deutschem Muster, um hier eine neue christliche Ethik zu erarbeiten, die das Berufsleben ergreift.

Alles in allem ist festzustellen, daß das Leben der sog. Denominationen in den USA nicht nur von den theologischen Anforderungen der Ökumenischen Bewegung erfaßt wird und zur Minderung der Zersplitterungen durch Schaffung von Unionen konfessionsverwandter Gemeinschaften führt, sondern daß die Aufgabe erkannt wird, aus der Vereins- oder Klubkirche zur echten missionarischen Glaubenskirche zu werden, die den Kampf mit dem modernen Leben aufnimmt. Das ist einer der Gründe, warum auch im amerikanischen Protestantismus den Soziallehren der katholischen Kirche erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt wird, wie man wieder seit der Veröffentlichung von *Mater et magistra* hat erfahren können (vgl. ds. Heft, S. 50).

Aus der islamischen Welt

Nassers Weg zum Sozialismus

Überschattet von der Berlinkrise und daher nur wenig bemerkt, wurde im Sommer dieses Jahres in der Vereinigten Arabischen Republik ein sehr weiter und sicherlich folgenschwerer Schritt in der Verwirklichung des arabischen Sozialismus Nasserscher Konzeption gemacht. Dieser neue Schritt wurde anlässlich des neunten Jahrestages der ägyptischen Revolution am 26. Juli 1961 von Nasser feierlich proklamiert.

Die Notwendigkeit einer sozialen Reform in Ägypten — ob es einer Revolution bedurfte, mag man zu Recht bezweifeln — ergaben sich aus den ökonomischen Verhält-